Nummer 544

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: Walther Funk, Politischer Teil: Dr. Richard Jüttner, Kunst und Wissenschaft: Franz Kippen, Lokales und Sport: Gerhard Rentzow, sämtlich in Berlin.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil Christian Hagen, Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe . 20 Pfennig. 74. Jahrgang Montag, 19. November 1928

Vor der Stresemann-Rede.

Im Reichstage findet heute nachmittag die wegen der Panzerkreuzerauseinandersetzungen zunächst zurückgestellte außenpolitische Debatte statt. Sie wird eingeleitet durch eine Erklärung des Reichsaußenministers Dr. Stresemann, die sich in mäßigem Umfang halten soll. Der Minister wird, wie verlautet, den Hauptnachdruck auf die Reparationsfrage, insonderheit auf die bevorstehende Bildung der neuen Sachverständigenkommission und hier speziell wieder auf den unabhängigen Charakter der Ausschußmitglieder legen. Auf die letzten Genfer Verhandlungen, an denen Dr. Stresemann bekanntlich nicht persönlich teilnahm, wird der Minister nicht eingehen. Sollte jedoch dieses Thema in der Aussprache von den Parteien angeschnitten werden, so hält sich dr Kanzler bereit, hierzu das Wort zu ergreifen. Ferner sind möglicherweise ergänzende Ausführungen des Reichsministers für die besetzten Gebiete, von Guérard, zu erwarten. Die Redner der einzelnen Parteien stehen noch nicht endgültig fest, doch kann man annehmen, daß für die Sozialdemokraten Dr. Breitscheid, für die Deutschnationalen Graf Westarp, für das Zentrum Dr. Kaas, für die Deutsche Volkspartei Abg. Scholz oder Freiherr von Rheinbaben und für die Demokraten Abg. Dernburg sprechen werden. Eine Vertrauensfrage oder Billigungsformel ist vorläufig nicht beabsichtigt. Die Debatte wird aller Voraussicht nach noch den morgigen Dienstag in Anspruch nehmen. Eine längere Ausdehnung ist wegen des auf den Mittwoch fallenden Bußtages und weil die zweite Hälfte der Woche sitzungsfrei bleiben soll, nicht wahrscheinlich.

Wann kommt die nächste Krise?

Nachdem es am Freitag sicher war, daß der sozialdemokratische Antrag auf Einstellung des Panzerkreuzerbaues abgelehnt werden würde, stand die Frage im Vordergrund, wie die Sozialdemokraten sich verhalten würden, wenn im Winter gelegentlich der Etatberatungen sich die Notwendigkeit herausstellen würde, auch die zweite Baurate für das Schiff zu genehmigen. Man hatte vor der entscheidenden Reichstagssitzung gehofft, die Sozialdemokraten auf Einstellung ihres Widerstandes gegen den Panzerkreuzer festlegen zu können. Als dies nicht der Fall war, hoffte man, der zweite Debatteredner der S. P. D., Herr Dr. Breitscheid, würde entgegenkommende Erklärungen in dieser Beziehung abgeben. Auch diese Hoffnung schlug fehl — Dr. Breitscheid wich aus. Was man jetzt in der sozialdemokratischen Presse über dieses Thema zu lesen bekommt, läßt es als durchaus unwahrscheinlich erscheinen, daß die Sozialdemokraten bei der zweiten Rate auf Wiederholung des eben beendeten Theaters verzichten werden. Die „Breslauer Volkswacht", das Organ des Reichstagspräsidenten Löbe, gibt der Auffassung Ausdruck, „daß, auch wenn weitere politische Schwierigkeiten daraus entstehen sollten, der Kampf um den Panzerkreuzer bei jeder Rate zu jedem neuen Etat fortgesetzt werden muß. Die Sozialdemokratie hat das Recht und die Pflicht, weiter für die Einstellung des Panzerkreuzerbaues zu kämpfen. Wir möchten deshalb die Kontrollkommission und den Parteiausschuß im eigensten Interesse der Partei und der sozialistischen Arbeiterbewegung bitten, sich durch das Verlangen der bürgerlichen Parteien nicht von der klaren Bahn abbringen zu lassen, die die Partei gehen muß, und die Fortsetzung des Kampfes um den Panzerkreuzer zu beschließen." Soweit die „Volkswacht". Der sozialdemokratische Parteiausschuß, der demnächst zusammentritt, wird ja der Panzerkreuzerfrage grundsätzlich Stellung zu nehmen haben. Die Wahrscheinlichkeit besteht, daß er sich im Sinne der „Volkswacht" entscheidet. Damit ist die Garantie für das Wiederaufleben der Krise noch in diesem Winter gegeben.

Es sieht also nicht danach aus, als ob die Große Koalition bald zustande käme. Denn die Parteien der bürgerlichen Mitte haben Klärung der Wehrfrage als Voraussetzung für das Zustandekommen der Großen Koalition bezeichnet. Uebrigens treten auch die maßgebenden Parteiinstanzen des Zentrums erst am 8. Dezember zusammen, so daß auch schon aus diesem Grunde nicht anzunehmen ist, daß vorher konzentrierte Verhandlungen wegen der Großen Koalition zustande kommen.

„Kein neuer Krieg gegen Bayern."

Der Entscheid des Staatsgerichtshofes

über das Biersteuergesetzgesetz, das er für unzulässig erklärte, hat in Bayern größte Beachtung gefunden. In Münchener Blättern bezeichnet man den Entscheid als einen Sieg Preußens über Süddeutschland und stellt fest, daß der Entscheid die Notwendigkeit eines neuzuerlassenden Gesetzes herbeigeführt habe. Die Entscheidung richtet sich in ihrer tatsächlichen Bedeutung gegen Bayern, Württemberg und Baden.

Vor der Arbeitswiederaufnahme in der Eisenindustrie

Die letzten Einigungsverhandlungen.

r Düsseldorf, 19. November.
Eigener Drahtbericht.

Die Verhandlungen zur Schlichtung der Lohnfrage in der nordwestlichen Gruppe waren auch heute mittag noch nicht zum Abschluß gelangt, doch herrscht in allen beteiligten Kreisen ein starker Optimismus gegenüber der alsbaldigen Beilegung der Differenzen vor. Die Meinungsverschiedenheiten in der Lohnfrage als solche scheinen vollständig erledigt zu sein. Bei den augenblicklichen Verhandlungen wird die Frage der Löhne und der Arbeitszeit kombiniert besprochen. Für die Aussichten, daß in kurzer Zeit der Friede in der Gruppe Nordwest eingekehrt sein wird, spricht auch der Umstand, daß ein größerer Teil der von der Aussperrung betroffenen Verbände bereits die Vorarbeiten für eine sehr baldige Wiederaufnahme der Arbeit getroffen hat.

Wie wir bei Redaktionsschluß erfahren, werden die Verhandlungen nach einer kurzen Mittagspause heute nachmittag fortgesetzt und — so nimmt man an — erfolgreich zu Ende geführt.

Nach einer vom Düsseldorfer Oberbürgermeister gegebenen Mitteilung ist auf Grund der bisherigen Ergebnisse in Vermittlungsversuchen Regierungspräsidentin Bergemanns zur Beilegung des Lohnkonfliktes in der Gruppe Nordwest wahrscheinlich noch im Laufe des heutigen Tages mit Aufhebung der Aussperrung zu rechnen.

Essener Beratungen zur Regelung der Unterstützungsfrage.

Unter Vorsitz des Wohlfahrtsministers Hirtsiefer fand heute vormittag in Essen eine Verhandlung der Vertreter der Zentralbehörden des Reiches und Preußens, des Verbandspräsidenten und der beteiligten Regierungspräsidenten zur Regelung der Unterstützung für die Ausgesperrten statt, in der hauptsächlich Richtlinien über die Verwendung der vom Reich für das Aussperrungsgebiet bereitgestellten 20 Mill. Mark beschlossen werden sollten. Wie wir hören, wurde im wesentlichen eine Einigung erzielt. Hieran schlossen sich im Rathause zu Essen mit den beteiligten Kommunalverbänden Verhandlungen an, die um die Mittagszeit noch andauern.

In der Sitzung sind 30 Stadt- und Landkreise vertreten, es sind ungefähr 120 Personen anwesend. Die Konferenz beschäftigt sich u. a. mit dem Beschluß des sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages, von der laufenden Woche ab hinreichende Fürsorgemittel für die Ausgesperrten zur Verfügung zu stellen. Ferner stehen Anträge der Metallarbeiterverbände bezüglich Unterstützung zur Aussprache.

Verbilligte Kommunalkredite im Aussperrungsgebiet.

Der westfälische Provinzialausschuß

beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung in längerer Aussprache mit der schwierigen Finanzlage, in welche die durch den Arbeitskampf in der Eisenindustrie betroffenen Bezirksfürsorgeverbände (Stadt- und Landkreise) geraten. Entsprechend den Vorschlägen des Landeshauptmanns stellte er sich auf den Standpunkt, daß es die Aufgabe der Provinz sei, ohne irgendwie in dem Kampf der Parteien selbst Stellung zu nehmen, den beteiligten Stadt- und Landkreisen die Beschaffung der finanziellen Mittel, deren sie zur Behebung der Notstände bedürfen, zu erleichtern. Er beschloß, daß die Landesbank der Provinz Westfalen den Städten und Kreisen wesentlich verbilligte Kommunalkredite bis zur Gesamthöhe von drei Millionen Mark zur Verfügung stellen solle. Die näheren Voraussetzungen und Bedingungen für die Gewährung der Darlehen sollen so schnell wie möglich mit den Vertretern der in Frage kommenden Stadt- und Landkreise besprochen werden.

Die Notstandsarbeiten durch die Angestellten.

Arbeitsgericht Düsseldorf lehnt einstweilige Verfügung dagegen ab.

Zu der Klage des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes und des Antrages des Gewerkschaftsbundes der Angestellten auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen den Arbeitgeberverband Nordwest, nach der Notstandsarbeiten von Angestellten während der Aussperrung zu verhindern seien, hat das Arbeitsgericht Düsseldorf am Montag vormittag folgenden Spruch gefällt:

„Der Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung wird auf Kosten der Antragsteller zurückgewiesen. Der Wert des Streitgegenstandes wird auf 100 000 Mark festgesetzt. Der Betrag der Gerichtskosten wird auf 500 Mark festgestellt."

Bei Würdigung der Rechtslage ist das Gericht davon ausgegangen, daß die kaufmännischen Angestellten auf Grund ihrer Einzeltarifverträge ohne weiteres berechtigt sind, die Uebernahme gewerblicher Arbeiten als vertragswidrig abzulehnen. Hier interessiert aber nicht das Rechtsverhältnis der Angestellten auf Grund ihrer Einzeltarifverträge. Von Interesse allein ist **die Frage, ob in der Heranziehung von Angestellten zu gewerblichen Arbeiten ohne deren Widerspruch eine Verletzung der Friedenspflicht zu erblicken ist.** Diese Frage war auf Grund des Inhaltes des Tarifvertrages zu verneinen. Auch die vom G. D. A. weiterhin ausgeführte Grundlage, der Rechtsfrieden sei gestört, vermag einer rechtlichen Prüfung nicht standzuhalten. Die Wahrung des Rechtsfriedens gemäß § 940 ZPO. ist Zweck der einstweiligen Verfügung. Daneben muß auch ein Rechtsgrund gegeben sein, der aber nicht vorliegt.

Der Märkische Arbeitgeberverband gegen den staatlichen Schlichter.

Zu den Mitteilungen des staatlichen Schlichters Dortmund über die Vorgänge vor Anrufung der Schlichtungsinstanz teilt der Märkische Arbeitgeberverband mit: „Der Schlichter in Dortmund hat das vom Schlichtungsausschuß in Hagen eingeleitete Schlichtungsverfahren inhibiert. Er hat das Verfahren an sich gezogen und gibt in seiner amtlichen Erklärung laut Zeitungsmeldungen als Grund dafür an, daß die Parteien sich nicht darüber einig werden können, welche Stelle zur Schlichtung des Streitfalles angerufen werden sollte. Es muß jedoch festgestellt werden, daß diese Begründung des Schlichters absolut falsch ist. Zwischen den Parteien hat eine solche Aussprache noch niemals stattgefunden, und es ist deshalb unerklärlich, wie der staatliche Schlichter Dortmund mit einer so unrichtigen Begründung ein im Gang befindliches Schlichtungsverfahren abhalten konnte.

„Deutschland hat ein Recht auf Räumung."

Bemerkenswerte Erkenntnisse des Londoner „Daily Telegraph".

London, 19. November.

Der diplomatische Korrespondent des oft offiziösen „Daily Telegraph" betont im Zusammenhange mit den Erklärungen des Schatzkanzlers Churchill und anderer Minister, die britische Regierung stehe auf dem Standpunkt, **daß Reparations- und Räumungsfrage voneinander unabhängig seien.** Der Korrespondent geht auf die durch den Versailler Vertrag geschaffene rechtliche Lage ein und setzt im einzelnen den Sinn der Artikel 428 bis 431 auseinander, wobei er zu der Feststellung kommt,

daß laut Friedensvertrag die Beschleunigung der Räumung nicht von der restlosen Erfüllung aller deutschen Vertragsverpflichtungen abhänge, sondern davon, daß Deutschland konkrete Beweise ehrlichen Willens gegeben habe. Die Zahlung der Reparationen bis zur letzten Mark Tinte von den Alliierten also nicht als Voraussetzung für die Räumung herangezogen werden; Deutschland habe auf Grund der pünktlichen Reparationsannuitäten während einer angemessenen Reihe von Jahren ein Recht auf Räumung.

Die besondere Behandlung der Reparationen durch Artikel 430 gebe den Alliierten gleichfalls kein Recht für die Verzögerung der Rheinlandräumung, da dort nur von möglicher absichtlicher Nichterfüllung durch Deutschland die Rede sei. Der Versailler Vertrag biete keine besondere Handhabe, um Garantien gegen einen unprovozierten Angriff durch Deutschland zu verlangen. Artikel 8 des zwischen Frankreich und Großbritannien und Frankreich und den Vereinigten Staaten abgeschlossenen Vertrages zur Garantie der Sicherheit der alliierten Länder sehe vor, daß die Notwendigkeit für die Aufrechterhaltung dieser Verträge verschwinden würde, sobald Deutschland Mitglied des Völkerbundes geworden sei. Deutschland habe nunmehr diese Bedingung durch den Abschluß der Locarnoverträge und seinen Eintritt in den Völkerbund erfüllt.

Durch die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund auf der einen und seine pünktlichen Reparationszahlungen auf der anderen Seite habe sich Deutschland nach Auffassung einiger der führenden Juristen Großbritanniens das Recht geschaffen, die Räumung des Rheinlandes zu verlangen.

Nach Ansicht britischer Juristen würde außerdem die Zurückziehung der britischen Truppen aus dem Rheinlande, unabhängig von denen anderer alliierter Mächte, keine Veränderung der Verpflichtungen Großbritanniens weder unter dem Versailler Vertrag noch dem Rheinlandabkommen darstellen. Das gleiche würde zutreffen für den Fall des Rücktritts des britischen Mitgliedes der Rheinlandkommission. Das würde tatsächlich bedeuten, daß diese Kommission dann vom Rechtsstandpunkt aus ihr Ende erreicher würde, denn die übrigen Mitglieder, Frankreich und Belgien, könnten kaum einen Anspruch darauf erheben, daß sie dann eine Oberkommission darstellten, wie sie durch den Versailler Vertrag und das Rheinlandabkommen festgelegt sei. Aber daran würden sich zweifellos für England große Schwierigkeiten knüpfen.

Im ganzen kommt der Korrespondent zu dem Schluß, daß die rechtliche Lage für die Rheinlandräumung für Deutschland günstig sei, daß Großbritannien im wesentlichen die deutschen Argumente für die Räumung anerkenne. Auffällig sei hierbei, daß die führenden britischen Juristen, die der Korrespondent zitiert, offenbar diese Auffassung fest langem vertreten, die britische Regierung aber bisher eine durchaus gegenteilige Politik verfolgt habe.

Die Antworten auf die deutsche Reparationsnote.

TU Paris, 19. November.

Nach einer Havas-Meldung aus London werden die Alliierten der deutschen Regierung zuerst getrennte Memoranden überreichen, die die Ansichten der Regierungen darlegen, und dann ein gemeinsames Schreiben, das außer der Zustimmung zur Sachverständigenkonferenz die Namen der Sachverständigen enthalten und den Tagungsort der Konferenz festsetzen wird. Man nimmt an, daß die Konferenz weder in Paris noch London, sondern in Berlin stattfinden wird. — Wie verlautet, wird aller Wahrscheinlichkeit nach der nächste Ministerrat der voraussichtlich am morgigen Dienstag zusammentritt, die französischen Delegierten für den Sachverständigenausschuß zur Revision des Dawes-Planes ernennen.

In einer Betrachtung über den gegenwärtigen Stand der Reparationsverhandlungen kommt Pertinax im „Echo de Paris" zu dem Schluß,

daß Frankreich bis jetzt auf der ganzen Linie Niederlagen erlitten habe.

Die Anregung Poincarés, wonach die Alliierten eine gemeinsame Antwort an Deutschland senden sollten, sei nicht durchgedrungen. Der französische Vorschlag, daß die Sachverständigen die deutsche Zahlungsfähigkeit nicht neuprüfen sollten, scheine ebenfalls nicht die Billigung der anderen Alliierten, besonders Englands, zu finden. Schließlich habe Frankreich als Versammlungsort Paris oder Brüssel vorgeschlagen, während man jetzt immer mehr von Berlin spreche. Der „Excelsior" schreibt: „Es versteht sich von selbst, daß die Mächte, die Gläubiger Deutschlands und Schuldner der Vereinigten Staaten sind, für die Festsetzung der deutschen Schuld und ihrer Zahlungsmodalitäten gezwungen sein werden, ihren eigenen Schulden an Amerika Rechnung zu tragen. Aber diese durchaus berechtigte Sorge verpflichtet durchaus in nichts die amerikanische Regierung, die es für gut hielt, von ihren früheren Alliierten zur Regelung ihrer Gutaben 62 Jahresannuitäten zu fordern und deswegen keinen Anlaß haben dürfte, zu widersprechen, wenn die Reparationsberechtigten die gleiche Annuitätszahl von Deutschland fordern." — Der Brüsseler Korrespondent des „Temps" berichtet über die

Haltung Belgiens bei den bevorstehenden Reparationsverhandlungen,

hinsichtlich des Programms vertrete man die Auffassung, die Beratungen müßten sich im Rahmen der bestehenden Verträge und Abkommen und insbesondere innerhalb der Grenzen des Dawesplanes halten. Die Zahlungsfähigkeit des Reiches sei bei der Ausarbeitung des Dawesplanes mit Mäßigung eingeschätzt worden und die Erfahrung der letzten fünf Jahre beweise zur Genüge, daß die Zahlungsfähigkeit nicht überschätzt worden sei. Offenbar seien einige Persönlichkeiten mit Parker Gilbert der Ansicht, man müsse dem Reiche seine volle Oberhoheit zurückgeben, die Transferbestimmungen aufheben und die Annuität auf zwei Milliarden jährlich vermindern. Diese These werde in Brüssel heftig bekämpft, wo man mit gewissen ausländischen Nationalökonomen der Meinung sei, das Transferproblem habe nicht die Bedeutung, die man ihm in der Theorie beimesse. Was die sechs Milliarden Mark anlange, so hoffen die Belgier, als Ausgleich eine hinreichende Entschädigung zu erhalten.

Polen belügt wieder die Welt.

Hetzpropaganda des Westmarkenvereins.

TU Warschau, 19. November.

Am gestrigen Sonntag begann hier der alljährliche Kongreß des polnischen Verbandes zum Schutze der Westgrenze. Zu der Eröffnungsfeier waren offizielle Vertreter des Außenministeriums sowie des Handelsministeriums erschienen. Es gelangten unter anderem Begrüßungstelegramme dänischer und tschechischer Wehrverbände zur Verlesung. In einer Ansprache wies Direktor Korzeniowski auf die angeblichen irredentischen Bestrebungen der deutschen Minderheit in Polen hin, die einen bedeutenden wirtschaftlichen Machtfaktor darstelle. Ferner sprach der polnische Schriftsteller Lenartowicz über die seiner Behauptung nach anderthalb Millionen zählende polnische Bevölkerung im deutschen Reichsgebiet. Er führte unter anderem aus, daß diese auf altpolnischem Boden lebende Bevölkerung von deutschem Haß bedrängt werde und sich in äußerster Notlage befinde. Der Redner forderte zu einer Schutzaktion für diese „verfolgten" Polen auf.

Ueber die Verhandlungen des Westmarkenvereins wird in der polnischen Presse nur sehr allgemein berichtet, offenbar mit dem Zweck, genauere Einzelheiten nicht bekannt werden zu lassen.

— **Rückkehr des Botschafters Schurman.** Der amerikanische Botschafter in Berlin, Schurman, hat von New York die Rückreise nach Deutschland angetreten.